

Zivilcourage gegen Hasspostings und Fake News

Hasspostings und die Manipulation durch Falschmeldungen haben 2017 die Mediendebatte bestimmt, wie kein anderes Thema. Seit der amerikanischen Präsidentschaftswahl schaffte es der Begriff „Fake News“ regelmäßig in die Schlagzeilen und wurde sogar zum „Anglizismus des Jahres“ gekürt. Vom Lob für die Sozialen Netzwerke, eine Möglichkeit für die Bürger zu bieten am demokratischen Prozess teilzunehmen, wie es während des Arabischen Frühlings der Fall war, ist nicht viel geblieben. Damals hätte niemand gedacht, dass wir nun diskutieren wie Fake News, Wahlen überall auf der Welt beeinflussen. Während in den USA Produzenten von Fakes von der politischen Polarisierung während des Präsidentschaftswahlkampfes profitiert haben und auch in den Massenmedien operieren, haben Falschmeldungen in Europa eine andere Qualität. Wechselnde Koalitionen und sinkende Parteienbindung lassen kaum ein Massenphänomen wie in den USA zu. Die Verzerrung der Realität findet eher in Form von Internet-Hetze statt, durch selbst ernannte Nachrichtenseiten, die optisch professionell, aber ohne journalistische Ethik und Angabe von Quellen, erfundene Meldungen verbreiten, die die Bevölkerung verunsichern, Ängste oder gar Hass schüren. Das zweite Standbein der Hetzer sind Social Media Plattformen, wie Facebook oder WhatsApp. Emotionale Themen werden dort eher geklickt, als neutrale Nachrichten und durch den Facebook-Algorithmus bekommen Beiträge mit starken Interaktionen zusätzliche Reichweite.

Über den eignen Tellerrand klicken

Der US-Medienforscher William Dutton stellt in seiner kürzlich veröffentlichten Studie zwar fest, dass nur ein sehr geringer Teil der Bevölkerung, meist wenig politisch interessierte Bürger, auf Fake News hereinfällt. Doch bei Fake News geht es nicht nur um Wissen. Die Falschmeldungen funktionieren über Emotionen, sie sollen Wut erzeugen, auf die man mit dem unreflektierten Teilen des Beitrags reagiert. Genau hier sollten aber alle Alarmglocken schrillen und der richtige Schritt der Nutzer wäre, sich zu fragen, wer hinter der vermeintlichen Skandalnachricht steckt. Zu unseriösen Seiten findet man meist schnell eine Reihe von Einträgen, die vor dem Medium warnen. Das Problem an diesem Lösungsansatz ist nur, dass wir im Netz Informationen suchen, die zu unserer Weltanschauung passen. Dafür können wir die Algorithmen der großen Social Media Anbieter ebenso verantwortlich machen, wie uns selbst. Mit jedem Klick zementieren wir unser Weltbild, das immer schwerer von Andersdenkenden und neuen Sichtweisen durchdrungen werden kann. Es baut sich ein Weltbild auf, das mit der Realität wenig zu tun hat. Häufig kommen diese Postings und Nachrichten aus der rechtsextremen Ecke, die eine Polarisierung nach amerikanischem Vorbild anstrebt.

Zielscheibe sind Minderheiten die diffamiert und für jegliche Probleme unserer Zeit verantwortlich gemacht werden.

Hilfe von Facebook & Co.

Prinzipiell hört die Hetze meist auf, wenn die Täter merken, dass das Opfer Unterstützung hat von anderen Usern, aber auch von den Medienbetreibern. Es ist wichtig, dass sich die Verantwortlichen der Plattformen einmischen. Das Blockieren und Löschen der beanstandeten Inhalte muss schnell und transparent ablaufen. Doch mit der Möglichkeit für Einspruch und Beschwerde. Oft ist es ein schmaler Grat zwischen unangenehmen, aber legalen Kommentaren und Hetze. Die Bestrafung von kriminellen Handlungen darf nicht zu einer Zensur von sozialen Plattformen, ihrer Liberalität oder Inklusion führen.

Im EU-Parlament haben wir es geschafft die führenden Internetkonzerne am Kampf gegen Internet-Hetze und Fake News zu beteiligen. Facebook, Twitter, YouTube und Microsoft haben sich bei der Erstellung von Regeln eingebracht, die besonders auf die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Netz abzielen. Die Verhaltensregeln zeigen erste Erfolge. Ein Zwischenergebnis zeigt, dass doppelt so viele regelwidrige Beiträge gelöscht wurden und das schneller als noch vor sechs Monaten. Verdächtige politische Beiträge kennzeichnet Facebook mit einem Warndreieck. Außerdem wurde das Feedback an jene Nutzer, die illegale Inhalte melden verbessert. Google investiert derzeit viel in die Automatisierung der Fake News- Erkennung, Wahrheitsgehalt auf Knopfdruck quasi. Noch ist das Zukunftsmusik.

Wollen wir selbst aktiv werden, müssen wir uns nicht in zeitraubende und häufig sinnlose Grundsatzdebatten in den Sozialen Netzwerken verstricken, oft reichen ein kurzer Kommentar, dass es sich um eine falsche Meldung handelt und ein Link zur richtigen Information. Eine gute Quelle ist hier die Aufklärungsseite Mimikama, wo Fake News gesucht und gemeldet werden können. Aktuelle Fakes werden auch auf der Facebook-Seite „Fakten statt Hetze“ bekanntgemacht. Die österreichische Bürgerinitiative wurde von Richard Pichler gegründet, der für eine gesetzliche Handhabe gegen die Hetzer kämpft. Das ist ein wichtiger Beitrag zum Schutz der Freiheit des Internets und der Gesellschaft. Auch auf EU-Ebene werden nötige Gesetzesreformen derzeit geprüft. Es ist Zeit, dass wir begreifen welche Chancen uns soziale Netzwerke bieten, aber um sie zu nutzen, müssen wir die Demokratie stärken. Die Antwort kann keine rein technologische oder publizistische sein. Jeder muss den eigenen Medienkonsum und das eigene Umfeld hinterfragen. Dafür brauchen wir verantwortungsbewusste Bürger, die mutig dem Hass widersprechen. Diese Verantwortung kann nicht ausgelagert werden. Zivilcourage ist online ebenso wichtig, wie offline.

Autor

Univ.-Prof. Dr. Josef Weidenholzer ist EU-Abgeordneter und Vizepräsident der europäischen S&D-Fraktion.

Kontakt: josef.zehetner@spoe.at; **Weitere Informationen:** <http://www.weidenholzer.eu/>

Redaktion**BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa**

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel.: +49 30 62980-114

europa-bbe@b-b-e.de

www.b-b-e.de